

Vorbehalte gegenüber Direktanschluss

Anbindung Baden-Airpark: Bühler Gemeinderat sieht Zerschneidung des ökologischen Naturraums kritisch

Von Joachim Eiermann

Bühl – Eine Direktanbindung des Baden-Airparks an die Autobahn findet im Bühler Gemeinderat nicht die ungeteilte Zustimmung. Im Rahmen der Behördenanhörung des Planfeststellungsverfahrens verabschiedete das Gremium eine Stellungnahme mit der Forderung, alternativ auch die Variante einer Nordanbindung mit einer Umfahrung von Hügelsheim zu untersuchen (siehe „Zum Thema“). Vor allem Freie Wähler, SPD und GAL bewerteten die direkte Ostanbindung zur A5 bei Halberstung unter ökologischen Gesichtspunkten sehr kritisch.

OB Hubert Schnurr führte eingangs aus, dass der Landkreis Antragsteller sei und die Entscheidung letztlich das Regierungspräsidium Karlsruhe treffen werde. Eine Direktanbindung könnte sich für die Stadt in der Verkehrsentwicklung überwiegend positiv auswirken, so das Stadtoberhaupt. Insbesondere Weitenung und Oberbruch würden entlastet. Stattdessen werde, Untersuchungen zufolge, der Verkehr auf der A5 nördlich von Bühl und auf der L85 (Zubringer) östlich der Weißgärber-Kreuzung anwachsen, ein Aspekt der Patric Kohler (CDU) reklamieren ließ: „Wir haben schon jetzt massive Probleme auf der L85 und der Vimbacher Straße.“ Er forderte einen Schutz der Anwohner in Vimbuch. Der OB ergänzte, dass der



Der Stadtteil Weitenung ist gegenwärtig durch den Schleichverkehr zum Baden-Airpark stark belastet.

Foto: Margull

Lärmschutz, auch entlang der A5 in Weitenung im Verfahren im Detail untersucht werden müsse. Margret Burget-Behm (CDU) sah die Bedenken Kohlers in der Stellungnahme berücksichtigt: „Den Brief können wir voll unterstützen.“

Anschließend stellte Karl Ehinger (FW) den Antrag, die Variante 3b (Nordanbindung an die B 500 bei Hügelsheim) „gleichwertig in das Planfeststellungsverfahren einzubeziehen“. Diese werde von seiner Fraktion favorisiert, während die ostseitige Direktanbindung ökologisch wertvolles Gebiet durchschneide. Im Norden anzuschließen sei die verträgli-

chere Lösung: „Das Gebiet ist nicht so hochwertig“, teilweise gar PFC-belastet. Der OB gab zu bedenken, dass bei einer Nordanbindung der Verkehr „weiterhin durch unsere Ortschaften fließt“. Eine Nordlösung funktioniere nur in Kombination mit einer zusätzlichen Anbindung im Süden.

Man dürfe nicht mit der Umwelt umgehen, „als hätte man noch eine zweite im Kofferraum“, kritisierte Barbara Becker für die SPD-Fraktion die Pläne zur Ostanbindung in einer längeren Stellungnahme und sprach von einem „ökologischen Desaster mit Ansage“. Die geplante Straße zerschnei-

de den Lebensraum vieler streng geschützter Arten von Fledermäusen, Amphibien und Reptilien. Hinzu kämen eine tödliche Bedrohung der zurückgekehrten Wildkatze und eine akute Gefährdung eines Schäfereibetriebs, dem der Weg zu den Winterweiden im Naturschutzgebiet Waldhäggen abgeschnitten werde. Die Planung sehe einen so erheblichen Eingriff in ein Natura-2000-Gebiet vor, dass, so Becker, gegen EU-Recht verstoße werde. Deshalb sei zwingend die Alternative zu wählen.

„Wir geben dem Naturschutz den Vorrang der Interessen“, erklärte Ludwig Löschner

(GAL). Es verbiete sich, ein geschlossenes, ökologisch wertvolles Gebiet zu durchschneiden. Zudem erachtete er die Kostenberechnung für die Ostanbindung als „tendenziell geschönt“, die Nordumfahrung sei im Vergleich nicht so teuer.

Während Lutz Jäckel (FDP) äußerte: „Ich wage nicht zu beurteilen, wer letztlich Recht hat“, erklärte hingegen Margret Burget-Behm (CDU), die ökologischen Bedenken nachvollziehen zu können.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat dafür, die Ergänzungs- und Korrekturvorschläge von Ehinger und Becker in den Entwurf einzuarbeiten.

Helferin bittet um Unterstützung

Bühl (jo) – Reinhilde Fanz, ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuerin, ersuchte in der Bürgerfragestunde des Gemeinderats die Stadtverwaltung um personelle Unterstützung. Sie kritisierte, dass die Geflüchteten bei der Anschlussunterbringung vielfach auf sich allein gestellt seien. Ein verbliebener kleiner Kreis an Helfern allein könne die erforderliche Hilfe nicht leisten. „Wenn Flüchtlinge aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen, fängt die Integration erst an“, so Fanz. Isabella Denu-Dangelmaier, frühere Heimleiterin in Neusatz, erklärte: „Die Menschen müssen betreut werden, da muss man Strukturen schaffen.“ Es sei ein „Desaster“, dass zunehmend Ehrenamtliche wegbrechen. Bürgermeister Wolfgang Jocker widersprach entschieden und bot das persönliche Gespräch an. „Im Unterstützerteam sind an die 100 Personen engagiert“, erwiderte er. Die Stadt betreibe ein erfolgreiches Integrationsmanagement.

Tempo 30 für Kappelwindeck

Bühl (jo) – „Wann wird die zugesagte Erweiterung der Tempo-30-Zone in Kappelwindeck realisiert?“, wollte Hubert Böttger ebenfalls in der Bürgerfragestunde wissen. Dem früheren CDU-Stadtrat missfiel, dass die Kappelwindeckstraße im Abschnitt zwischen der Einmündung des Brombachwegs (Kindergarten) und dem Bühler Friedhof „nach wie vor als Rennstrecke missbraucht“ werde. Fachbereichsleiter Martin Bürkle sagte zu: „Wir werden uns kurzfristig mit dem Thema befassen.“

Bühl drängt auf intensive Vergleichsuntersuchungen

Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren zur Ostanbindung des Baden-Airparks

Bühl (jo) – In der Stellungnahme zur Ostanbindung des Baden-Airparks im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens führt die Stadt zur Verkehrslage in Bühl aus: „Insgesamt sind relativ geringe, überwiegend positive Auswirkungen (Entlastungen) zu erwarten.“ Positive Auswirkungen werden prognostiziert für die B3 nördlich der L85 (1 400 bis 2 400 Fahrzeuge täglich weniger), für die West-Ost-Verbindung durch Weitenung (Abnahme um 1 900 bis 2 400 Kfz) und die L 85 in Oberbruch (minus

2 100 Kfz täglich). Zusätzliche Belastungen sieht man für die A5 nördlich der Anschlussstelle Bühl (plus 6 200 Kfz täglich) und die L85 östlich der Weißgärber-Kreuzung (1 700 mehr). Von einem geringen Zuwachs um 300 bis 400 Kfz geht die Stadt auf der L76 (westlich von Oberbruch), der K3763 (südöstlich von Vimbuch) und der K3747 in Balzhofen aus. Fazit: Als relevant wird die Zunahme des Verkehrs auf der L85 und der BAB 5 bei Weitenung erachtet. So müsse geprüft werden, ob die Verkehrsmenge

„auf unserem Straßennetz bewältigbar ist“ und keine Mehrkosten für die Stadt entstehen. Für Weitenung sei sicherzustellen, dass im Ort kein weiterer Verkehr erzeugt und an der A5 für Lärmschutz gesorgt werde.

Zum Thema

Die Stadt verweist außerdem darauf, dass die Variante Ost ein ökologisch „äußerst hochwertiges Gebiet von überregionaler Bedeutung“ berühre, darunter den Bereich Ruttmat-

auf Bühler Gemarkung, in dem seit 1990 Ausgleichsmaßnahmen erfolgen (Umwandlung von Ackerflächen in Wiesen).

„Allein die verkehrstechnisch vermeintlich günstigere Prognose für die Variante Ost kann ohne weitere intensivere Vergleichsuntersuchungen nicht den Ausschlag für die Trassenfestlegung geben“, heißt es in der Stellungnahme, „zumal dieses Vorgehen nach EU-Recht kritisch zu sehen ist.“ Die Stadt könne dieser Trasse „ohne weitere vertiefende Untersuchungen zur Abwä-

gung der zu favorisierenden Varianten nicht zustimmen“. Die Forderung lautet, „ergänzende Nachweise“ zu führen. „Betrachtet man hierbei das Fazit aus der Umweltverträglichkeitsstudie, dann wird auch deutlich, dass es durchaus Sinn macht, die Variante Ost in der Abwägung der naturschutzrechtlichen Belange mit den Varianten insgesamt detaillierter zu untersuchen.“ So sei insbesondere die Variante 3B (Nordanbindung, Hügelsheim) „gleichrangig in die Prüfung einzubeziehen“, fordert Bühl.

Polizeibericht

„Begegnung“ an der Baustelle

Ottersweier (red) – Vermutlich hat ein 53-Jähriger am Steuer eines Audi am Mittwoch gegen 21 Uhr zu spät erkannt, dass der vor ihm fahrende Renault-Lenker vor der Baustellenampel auf der B3 halten musste. Beim Aufprall entstand ein Sachschaden von etwa 5 000 Euro. Beide Fahrer blieben unverletzt.

Stadt setzt auf „Mobilisierung“ weiteren Wohnraums

Gemeinderat leitet Verfahren zu Änderung des Bebauungsplans „Niederfeld“ ein / Bürger befürchten Großprojekte



Abrissantrag für die Villa Schappeler in der südlichen Hauptstraße: Bürger des „Niederfeld“-Viertels befürchten eine massive Folgebebauung.

Foto: Margull

Bühl (jo) – Am südlichen Zipfel der Bühler Kernstadt soll neuer Wohnraum entstehen. Der Gemeinderat beschloss, die Innenentwicklung im „Niederfeld“ mit einer dritten Bebauungsplanänderung voranzutreiben. Den Geltungsbereich weitete das Gremium bis zur Hauptstraße aus, nachdem für die Villa Schappeler im Rathaus ein Abruchantrag einging.

Das Baugebiet resultiert aus den 60er Jahren und entstand im Zusammenhang mit dem Windeck-Gymnasium. Von der aktuellen Überplanung erhofft sich die Stadt eine „Mobilisierung“ von weiterem Wohnraum auf bislang brachliegenden Flächen, darunter auch ein Gelände für einen Spielplatz, der nie gebaut wurde. In diesem Zusammenhang will man auch den Weg freimachen für

sozial günstigen Wohnungsbau. Dieses Objekt soll östlich des Bosch-Wohnhauses auf bislang städtischem Terrain entstehen.

„Es ist gut, dass neuer Wohnraum geschaffen werden kann“, befand Karl Ehinger (FW), ohne dabei in den Außenbereich gehen zu müssen. Auch Walter Seifermann (GAL) hielt es für angebracht, brachliegende Flächen zu nutzen. Margret Burget-Behm (CDU) sagte, sie hätte es begrüßt, wenn die Stadtverwaltung im Vorfeld das Gespräch mit den Eigentümern der dortigen Gebäude und Grundstücke gesucht hätte, schließlich wirke sich die Überplanung für diese auch finanziell aus.

Beim „Niederfeld“ handelt es sich um ein locker bebautes Wohnquartier, eingegrenzt von der Adalbert-Stifter-Straße, dem südlichen Bogen der Les-

ingstraße und einem südlichen Teilstück der Hauptstraße bis zur Tankstelle Jäger.

Das dortige große Grundstück mit der Villa Schappeler soll neu bebaut werden. Nachdem in der Nachbaranhörung Bedenken wegen zu groß ausfallender Gebäude laut wurden, habe sich die Stadtverwaltung entschieden, diesen Bereich und die angrenzenden Grundstücke ins Plangebiet mit aufzunehmen, berichtete Barbara Thévenot, Leiterin für Stadtentwicklung. Auf diese Weise wolle man „klare Rechtsverhältnisse schaffen“.

Mit der dritten Planänderung will die Stadt den Privateigentümern im „Niederfeld“ auch mehr Gestaltungsmöglichkeiten für zusätzlichen Wohnraum bieten, unter anderem durch eine Aufstockung von zwei auf drei Etagen oder Dachausbauten mit Gauben.